Herr Mroß, Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Erfurt
LANDESHAUPTSTADT
THÜRINGEN

Titel der Drucksache:

Unterstützung des offenen Briefs des Jugendhilfeausschusses an den Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport

Drucksache	**0824/22**
Jugendhilfeausschuss	Entscheidungsvorlage öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	12.05.2022	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

01
Der Jugendhilfeausschuss Erfurt bekräftigt seine Botschaft des offenen Briefes (Anlage) vom 03.05.2022 an das TMBJS, Minister Holter sowie nachrichtlich an die Thüringer Landesregierung und alle Fraktionen des Thüringer Landtags mit diesem Beschluss: Bei der Jugend spart man nicht!

02
Dem Stadtrat wird folgender Beschlussvorschlag vorgelegt:

Der Stadtrat unterstützt die im offenen Brief (Anlage) formulierten Forderungen des Jugendhilfeausschusses, dass es in Folge der globalen Minderausgabe keine Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe geben darf. Neben dem Stadtrat wird auch die Verwaltung um Unterstützung zur Verhinderung der Kürzungen der Landesmittel aktiv gebeten.

Der Stadtrat bekennt sich zu der gesellschaftlichen Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe und wird sich für die Sicherung und Aufrechterhaltung der am Bedarf ausgerichteten Mittel einsetzen.

12.05.2022, gez. Mroß
Datum, Unterschrift Vorsitzender JHA

© Stadt Erfurt

Nachhaltigkeitscontrolling ☐ Nein ☐ Ja, siehe Anlage				**Demografisches Controlling** ☐ Nein ☐ Ja, siehe Anlage	
Finanzielle Auswirkungen ☐ Nein ☐ Ja → ↓				**Nutzen/Einsparung** ☐ Nein ☐ Ja, siehe Sachverhalt Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)	
Deckung im Haushalt ☐ Nein ☐ Ja				**Gesamtkosten** EUR	
↓					
	2022		**2023**	**2024**	**2025**
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR		EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR		EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR		EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR		EUR	EUR	EUR
☐ **Deckung siehe Entscheidungsvorschlag**					

Fristwahrung

☐ Ja ☒ Nein

Anlagenverzeichnis

Anlage – Offener Brief des Jugendhilfeausschusses an das TMBJS

Sachverhalt

In Folge der globalen Minderausgabe sehe der aktuelle Haushaltsentwurf des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) eine Kürzung der Örtlichen Jugendförderung von 17 Millionen auf 15 Millionen Euro vor. Laut Planansatz bedeutet dies allein in Erfurt eine Minderförderung in Höhe von über 175.000 Euro in Differenz zum Jahr 2021. Vor diesem Hintergrund hat sich der Jugendhilfeausschuss mit einem offenen Brief an den Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport gerichtet. Durch die Unterstützung der Initiative des Jugendhilfeausschusses sendet der Stadtrat ein deutliches politisches Zeichen für die gesellschaftliche Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe für Erfurt!

In dem Schreiben der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses heißt es:

„Über Partei- und Fraktionsgrenzen hinaus haben wir mit Bestürzung, Bedauern und Unverständnis die Nachricht zu möglichen Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe vernommen. Der aktuelle Haushaltsentwurf des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (TMBJS) sehe eine Kürzung der Örtlichen Jugendförderung von 17 Millionen auf 15 Millionen Euro vor. Laut Planansatz bedeutet dies allein in Erfurt eine Minderförderung in Höhe von über 175.000 Euro in

© Stadt Erfurt

Differenz zum Jahr 2021. Wir sagen Nein zur Kürzung der örtlichen Jugendförderung! Die im Haushalt veranschlagten Mittel dienen der Ermöglichung der vielfältigen Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Arbeit der Jugend- und Sozialverbände in der Landeshauptstadt Erfurt. Mit diesem Geld werden unter anderem Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit auf lokaler Ebene finanziert. Herausfordernder und notwendiger denn je sind nach zwei Jahren Pandemie diese Angebote insbesondere für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Kinder und Jugendliche, die Träger der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit und die dort ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlichen Fachkräfte haben keine Kürzungen, sondern mehr Aufmerksamkeit verdient! Die Strukturen und Einrichtungen sind nicht nur Freizeit- und Bildungsangebote, sie stärken junge Menschen in der Bewältigung von Herausforderungen und sind Orte von Partizipation und Demokratie. Die Erfahrungen, die junge Menschen dort sammeln, sind unerlässlich für ihren weiteren Lebensweg. Investitionen in die Jugend sind immer Investitionen in die Zukunft unseres Freistaates. Jeder investierte Euro zahlt sich aus! Viele junge Menschen waren in zwei Jahren Corona-Pandemie solidarisch mit ihren Mitmenschen, haben sich selbst eingeschränkt und auf viele Dinge verzichten müssen. Wenn man das erkennt und anerkennt, kann die Antwort nicht weniger Geld für die Kinder- und Jugendarbeit sein. Ganz im Gegenteil! Die langfristigen Folgen der Pandemie lassen sich heute noch nicht abschätzen. Allerdings wissen wir sicher, dass insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche von den Auswirkungen der Pandemie besonders stark betroffen waren und sind. Jede Kürzung im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe verstärkt Benachteiligungen in unserer Gesellschaft! Die Kommunen und auch die Landeshauptstadt Erfurt können Kürzungen des Landes nicht abfedern. Kürzungen für Kommunen konterkarieren zudem das Ziel des Haushaltsgesetzgebers zur Stärkung der Kommunen. Die geplante Kürzung sendet ein fatales Signal an alle jungen Menschen in unserer Stadt und dem gesamten Freistaat. Wir bitten deshalb das zuständige Ministerium, sich für eine Änderung des geplanten Haushaltes stark zu machen und die geplante Kürzung zu verhindern – für junge Menschen und deren Familien in Erfurt und ganz Thüringen! Herr Minister Holter, wir fordern als Mitglieder des Jugendhilfeausschuss Erfurts, machen auch Sie die Prioritätensetzung bei Kürzungen deutlich. Kinder und Jugendliche dürfen keine Geisel der globalen Minderausgabe sein. Bitte machen Sie deutlich, dass die Mittel der vergangenen Jahre am Mindestbedarf ausgerichtet waren. Eine Kürzung sollte daher im Verständnis aller ausgeschlossen sein."

Der Brief wurde am 03.05.2022 an das TMBJS, Herrn Minister Holter, sowie nachrichtlich an Herrn Ministerpräsident Ramelow, Frau Finanzministerin Taubert sowie allen Fraktionen und Gruppen des Thüringer Landtages versandt.

© Stadt Erfurt